

Schluss mit Pseudoverbesserungen

Anmerkungen zum Artikel „Der Spatz ist nie geflogen“ in hz 12/2017, S. 12f

Seit Ende 2017 versucht die Stadt Hamburg mit der Imagekampagne „Für alle, die mehr wollen“ das Bild der Stadtteilschulen aufzupolieren und so rückläufigen Schüler_innenzahlen entgegen zu wirken. In einem

Wenn wir wirklich eine chancengleiche Bildung schaffen wollen, die die Versprechen der Werbekampagne der Stadt Hamburg verwirklichen kann, dürfen wir uns nicht mit kleinen Verbesserungen und erst recht nicht mit Hochglanzbroschüren zur Aufbesserung eines Images zufrieden geben

kurzen Videoclip wird beschrieben, welche Möglichkeiten eine Stadtteilschule den Schülern und Schülerinnen angeblich bietet: Das Versprechen vom gemeinsamen Lernen, kleinen Klassen und der Möglichkeit, je nach eigenen Fähigkeiten den passenden Abschluss und sogar das Abitur zu erreichen, soll Eltern und Kinder von der Stadtteilschule überzeugen. Hinzu kommen individuelle Förderung und Förderung der Schüler und Schülerinnen, um ausgehend von ihren eigenen Stärken die persönliche Entwicklung zu unterstützen. Abgerundet wird das Ganze dann noch mit einem vielfältigen kulturellen Ganztagsangebot, praxisnahen Einblicken in die

Berufswelt und der Möglichkeit, eigene Erfahrungen bei Auslandsaufenthalten zu sammeln. Also eine perfekte Schule „Für alle, die mehr wollen“.

Das klingt gut. Aber abgesehen davon, dass die Praxis an vielen Stadtteilschulen diesem Idealbild keineswegs entspricht, drängt sich doch dabei eine Frage auf: Wenn die Stadtteilschule so eine tolle Schule ist, wofür brauchen wir dann noch das Gymnasium? Die Aufrechterhaltung des geteilten Schulsystems wird bei der Imagekampagne der Stadt bewusst nicht thematisiert, ebenso wenig wie die strukturelle Unterfinanzierung des Bildungssystems. Dabei sind sie der eigentliche Grund dafür, dass die Zahlen der Schülerinnen und Schüler an den Stadtteilschulen zurückgehen. Denn Versprechen, wie sie in dem Videoclip gegeben werden, können nicht eingehalten werden, solange es zwei konkurrierende Schulformen gibt. Große neue Aufgaben wie Inklusion oder die Beschulung Geflüchteter werden fast ausschließlich auf die Stadtteilschulen abgeladen und können von den Kollegen und Kolleginnen an den Schulen trotz immensen Einsatzes nicht allein bearbeitet werden. Das Gymnasium zieht sich aus dieser Verantwortung heraus und schafft somit bei Eltern die Illusion, dass ihren Kindern dort mehr Aufmerksamkeit und eine bessere Bildung zukomme. Viele Eltern erhoffen sich so bessere Chancen für die eigenen Kinder durch das Gymnasium. Aber die Gymnasien reagieren auf die steigenden Zahlen mit

stärkerer Selektion, um ihren Exklusivstatus aufrecht zu erhalten. Die „Rückläufer_innen“ von den Gymnasien kommen – beladen mit negativen Erfahrungen des „Scheiterns“ – an die Stadtteilschulen und erschweren die pädagogische Arbeit dort noch weiter. Die Stadtteilschulen entwickeln sich zu „Restschulen“, die in den Augen vieler Eltern keine Zukunftschancen für ihre Kinder eröffnen.

Dass sich diese Entwicklung nicht durch Handwerkelei mit kleinen Verbesserungen an den Stadtteilschulen aufhalten lässt, sondern ihre Lösung in einer Abschaffung eines geteilten Schulsystems besteht, verkennt leider auch die aktuelle Kampagne „zusammen leben, zusammen lernen“ des Verbands Integrati-

Eine reine Orientierung auf eine bessere Stadtteilschule, ohne dabei die Existenzberechtigung des Gymnasiums auch nur anzuzweifeln, stützt die aktuellen Bedingungen im Bildungswesen, anstatt sie zu verbessern und zu verändern

on an Hamburger Schulen e.V. und des Hamburger Verbands der „Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschulen“ (GGG). Ich begrüße und teile die Ideen für mehr Bildungsgerechtigkeit und ein längeres gemeinsames Lernen, wie sie auf der Internetseite der Kampagne und in dem

Interview mit Anna Ammonn in der taz am 05.10.17. benannt werden. Ich weise die Kolleginnen und Kollegen, die sich in der Kampagne engagieren, aber auch darauf hin, dass ein chancengleiches und gemeinsames Lernen nicht in einem gegliederten Schulsystem realisiert werden kann. Eine reine Orientierung auf eine bessere Stadtteilschule, ohne dabei die Existenzberechtigung des Gymnasiums auch nur anzuzweifeln, stützt die aktuellen Bedingungen im Bildungswesen, anstatt sie zu verbessern und zu verändern. Solange sich Einzelne das Recht auf elitäre Bildung herausnehmen und die Lösung gesellschaftlicher Aufgaben „nach unten“ abgetreten wird, kann kein gemeinsames Lernen aller Schüler und Schülerinnen stattfinden.

Die GEW darf dazu nicht schweigen. Nach dem Scheitern des Volksbegehrens für „Eine Schule für alle“ 2008 hat viele in der Schulstrukturdebatte der Mut verlassen. In der Auseinandersetzung mit den reaktionären Ideen von „Wir wollen lernen“ haben viele sich auf die Unter-



stützung des scheinbar kleineren Übels des Zwei-Säulen-Modells und des sogenannten Schulfriedens eingelassen.

Die Stadtteilschulen entwickeln sich zu „Restschulen“, die in den Augen vieler Eltern keine Zukunftschancen für ihre Kinder eröffnen

Wir müssen den Mut haben, nicht nur gegen Symptome eines kaputten Bildungssystems anzugehen, sondern die Ursachen der Misere zu bekämpfen. Wenn wir wirklich eine chancengleiche Bildung schaffen wollen, die die Versprechen der Werbekampagne der Stadt Hamburg verwirklichen kann, dürfen wir uns nicht mit kleinen Verbesserungen und erst recht nicht mit Hochglanzbroschüren zur Aufbesserung eines Images zufrieden geben.

Das offensichtliche Scheitern des Zwei-Säulen-Modells zwingt zu einem ganz neuen Denkansatz. Die Gewerkschaft muss konsequent die Interessen der Mehrheit vertreten und ihr eine Orientierung geben: Was nötig wäre, ist ein ungegliedertes Schulsystem, in dem Leistung darin besteht, in Kooperation aller mit allen zu lernen und Probleme zu lösen und das auf die individuellen Stärken setzt und nicht die Schwächen betont. Ein wirklich inklusives Schulsystem, das der sozialen Ausgrenzung aktiv entgegenwirkt. Dies ist die „Eine Schule für alle!“.

HEIKO HUMBURG
Stadtteilschule Horn

ANZEIGE

Wir trauern um unseren Genossen

LARS BUCHMANN

*24.1.1953 †28.3.2018

Er ist nicht den leichten Weg gegangen.

Schon als Jugendlicher schloss er sich der Bewegung „Soldat 70“ an, die in der Bundeswehr gegen den deutschen Militarismus kämpfte. In der AG Bildung der LINKEN hat er sich unermüdlich für die Eine Schule für Alle und das Recht auf Ausbildung für alle Jugendliche eingesetzt.

Die Trauerfeier findet statt am Dienstag, 17.4.2018 im Bürgerhaus Barmbek um 16.30 Uhr

Wir werden sein Gedenken ehren, indem wir diesen Kampf fortsetzen.

AG Bildung der LINKEN